

	am	TOP
VA	26.09.17	
FA		

Celle, 29.08.2017

Antrag der SPD Fraktion:

Der Schutz vor Krankheit und die Förderung der Gesundheit in Celle

Antrag

Der Rat der Stadt Celle möge beschließen, einen zuständigen Mitarbeiter in der Stadt Celle zu bestimmen, der in Abstimmung mit dem Landkreis Celle die zu ergreifenden Maßnahmen im Hinblick auf die Etablierung der Gesundheitsregion Celle, zwischen Stadt und Landkreis, koordiniert. In Abstimmung mit dem Landkreis (Gesundheitsamt) wird eine „Gesundheitsberichterstattung in der Kommune“ entwickelt. Des Weiteren sollte zur Prozessunterstützung nach § 71 Abs. 1 NKomVG, ein Fachausschuss für Gesundheit in Celle etabliert werden um die Prioritäten der durchzuführenden Maßnahmen, auf Basis der etablierten kommunalen Gesundheitsberichterstattung, festzulegen.

Begründung und Ausgestaltungsoptionen:

Zitat (Dt. Städtetag 2013): „Der Schutz vor Krankheit und die Förderung der Gesundheit sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Wesentliche Determinanten des Gesundheitszustandes der Bevölkerung liegen außerhalb des Einflussbereichs von Gesundheitspolitik und -versorgung im engeren Sinne: Die Qualität von Bildung und Erziehung, berufliche Anforderungen und Belastungen, die Integration in den Arbeitsmarkt und die soziale Teilhabe, die Einkommenssituation einschließlich des sozialen Schutzes gegen Verarmung sowie die Wohn-, Verkehrs- und Umweltbedingungen beeinflussen nachhaltig das Risiko zu erkranken und die Chancen, gesund zu bleiben. Diese Determinanten wirken auch auf die individuelle Fähigkeit und Bereitschaft ein, Verantwortung für die persönliche Gesundheitsverwaltung zu übernehmen.“

Städte, Gemeinden und Landkreise gestalten die Lebensbedingungen der Bürger maßgeblich mit und besitzen dadurch einen großen Einfluss auf deren Gesundheitschancen. Aufgrund ihres verfassungsmäßigen Selbstverwaltungsrechts

(Art. 28 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG) kommt ihnen für die kommunale Gesundheitsförderung eine wichtige Funktion zu.

Da Krankheiten und ihre Risikofaktoren in der Bevölkerung sozial bedingt ungleich verteilt sind, ist gerade Menschen in sozial benachteiligter Lage bei der Gesundheitsförderung ein besonderes Augenmerk zu widmen. In der Kommune können alle Menschen mit Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Primärprävention ohne Stigmatisierung in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen erreicht werden. Bestehende überregionale Strukturen können zur Vernetzung genutzt und weiterentwickelt werden. Notwendig sind die gesundheitsförderliche Ausrichtung kommunaler Entscheidungen und Aktivitäten sowie die Zusammenarbeit der in der Kommune verantwortlichen Akteure mit weiteren verantwortlichen Partnern. Der Beitrag der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zur Verbesserung des Gesundheitszustandes und -verhaltens der Menschen in der Kommune bildet dabei einen wichtigen Baustein im Rahmen eines größeren Verbundes unterschiedlicher verantwortlicher Akteure.

Vor diesem Hintergrund empfehlen die kommunalen Spitzenverbände - Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund - und der GKV-Spitzenverband sowie die Verbände der Krankenkassen auf Bundesebene eine Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Krankenkassen sowie ggf. ihren Verbänden zur gemeinsamen gesundheitsfördernden Ausgestaltung von Lebensräumen gemäß dem Setting-Ansatz der Primärprävention und Gesundheitsförderung.

1. Grundlagen dieser Empfehlung sind für die Städte, Gemeinden und Landkreise die jeweiligen Gesundheitsdienstgesetze der Länder in Verbindung mit dem kommunalen Auftrag zur Daseinsvorsorge und für die Krankenkassen die Regelungen des § 20 Abs. 1 SGB V einschließlich des zu seiner Umsetzung beschlossenen GKV-Leitfadens Prävention in der jeweils gültigen Fassung.

2. Die Partner dieser Empfehlung betonen die Bedeutung eines an der kommunalen Ebene ausgerichteten, lebensweltorientierten Ansatzes insbesondere für benachteiligte Zielgruppen in ihrem jeweiligen Lebensumfeld. Sie gehen davon aus, dass entsprechende Aktivitäten zu einer Stärkung gesundheitsfördernder und -schützender Kompetenzen und Rahmenbedingungen führen und Krankheiten vermeiden können.

3. Ziel dieser Empfehlung ist es, durch eine intensiviertere Kooperation im Rahmen primärpräventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen von Städten, Gemeinden und Landkreisen und Krankenkassen Synergien zu erschließen.

4. Die Partner empfehlen ihren Mitgliedern, ihre primärpräventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen in der jeweiligen Kommune möglichst weitgehend aufeinander abzustimmen sowie nachhaltig und tragfähig auszugestalten. Geeignete Grundlage hierfür ist eine systematische und mit der Sozialberichterstattung eng verknüpfte Gesundheitsberichterstattung in der Kommune. Es wird empfohlen, soweit vorhanden oder bereitgestellt, auch Erkenntnisse und Daten der GKV einzubeziehen.

5. Zur Ausgestaltung der Kooperation empfehlen die Partner ihren Mitgliedern, vorrangig ein bestehendes Informations- und Abstimmungsgremium in der jeweiligen Kommune (z. B. Gesundheitskonferenz) zu nutzen oder anderenfalls zu bilden. Das Gremium kann sich u. a. folgende Aufgaben geben:

- Gegenseitige Information über geplante bzw. durchzuführende Maßnahmen
- Abstimmung über jeweils geplante Maßnahmen
- Verständigung auf Präventions- und Gesundheitsförderungsziele in der Kommune
- Trägerübergreifende Maßnahmenplanung, -finanzierung und -durchführung

Über die Ausgestaltung der kontinuierlichen Kooperation ist ein Konsens herzustellen.

6. Die Partner der Empfehlung sind sich einig, dass die Kooperation der Stärkung der Primärprävention und Gesundheitsförderung in der Kommune zu dienen hat. Von daher intensivieren die Partner vor Ort ihr Engagement in der kommunalen Primärprävention und Gesundheitsförderung; die Kooperation darf nicht zur Reduktion des finanziellen und inhaltlichen Engagements zulasten eines oder mehrerer der Partner vor Ort führen.

7. Die Partner dieser Empfehlung laden ausdrücklich andere Träger von settingorientierter Primärprävention und Gesundheitsförderung in der Kommune ein, sich an der jeweiligen Kooperation zu beteiligen. Sie empfehlen ihren Mitgliedern, diese entsprechend deren inhaltlichen bzw. finanziellen Engagements in die Kooperation mit einzubeziehen. Die GKV kann z.B. als geeigneter Partner mit dem Gesundheitsausschuss der Stadt Celle kooperieren und sich an der Gegenfinanzierung der Maßnahmen beteiligen. „Das Präventionsgesetz hat mit diesen Regelungen den Gestaltungsauftrag der GKV für Primärprävention in Deutschland insgesamt bestätigt und gefestigt. Künftig ist hier ein deutlich umfassenderes Engagement vorgesehen, und zwar sowohl finanziell – Erhöhung der verwendeten Mittel von 30 Mio. € auf nunmehr gesetzlich festgelegte etwa 150 Mio. € pro Jahr – als auch strukturell sollen die Leistungen doch zukünftig „kassenartübergreifend„ erfolgen.“ (R. Geene, Prävention und Gesundheitsförderung 2016. Online publiziert: 7. Oktober 2016, Springer Verlag Berlin).

8. Die Partner werden spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Empfehlung eine gemeinsame Bewertung über deren Umsetzung vornehmen und streben eine Weiterentwicklung auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse an.“

(Für den Deutschen Städtetag: Berlin, den 21.05.2013, Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände und der gesetzlichen Krankenversicherung zur Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung in der Kommune)

Finanzierungsmöglichkeit:

Geeignete Bundes- und Landesförderprogramme die u.a. auch das eingesetzte Personal gegenfinanzieren sind zu berücksichtigen wie z.B.:

Finanzierungsmöglichkeiten:

Bund:

<http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views:document&doc=2503>

Land Niedersachsen:

Neues Förderprogramm für „Gemeinwesensarbeit und Quartiersmanagement“ (Ratstelegramm vom 15. Mai 2017)

Programm „Präventionsketten in Niedersachsen“ Die ersten Kommunen starten (Delmenhorst, Wilhelmshaven, die Landkreise Göttingen, Oldenburg und Osnabrück sowie die Region Hannover: „ Die beteiligten Kommunen erhalten eine finanzielle Förderung für drei Jahre, die unter anderem die anteilige Finanzierung einer Personalstelle für die Koordination der Präventionsketten umfasst.“

(Kommunales, impulse 94/2017) Herausgeberin: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover (info@gesundheit-nds.de) Tel: 0511/38811890. Internet: www.gesundheit-nds.de

Gez.

Dr. Jörg Rodenwaldt

Fraktionsvorsitzender

Michael-Niklas Rühle

Fraktionsmitglied